

Interview mit
Bernhard Vogel

„Jedem seine Chance – sollte unser bildungspolitisches Motto sein“

Die Politische Meinung: Sehr geehrter Herr Dr. Vogel, wenn Sie aus der „Vogelperspektive“ eine kleine Geschichte der Bildungsrepublik Deutschland schreiben müssten, in welche Kapitel würden Sie das Buch einteilen?

Bernhard Vogel: Das erste Kapitel wäre dem erfolgreichen Aufbau eines neuen, freiheitlichen Schul- und Hochschulwesens in den westdeutschen Ländern nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur gewidmet. Es würde die zweite Hälfte der 1940er- und die 1950er-Jahre umfassen und würde auch die gänzlich unterschiedlichen Bedingungen in Ost-Deutschland vor und nach der Gründung der DDR schildern.

Das zweite Kapitel wäre mit „1968“ überschrieben. Es würde nicht nur die Studentenunruhen und schon gar nicht nur die damit auch verbundenen Exzesse umfassen, sondern von der Reformbedürftigkeit der deutschen Universität handeln und von der damals anstehenden durchgreifenden Schulreform. Ich müsste mich mit Georg Picht auseinandersetzen und der von ihm lautstark verkündeten „deutschen Bildungskatastrophe“. Die konstatierte er zunächst in einer Artikelserie vom Februar 1964 in der Wochenzeitung *Christ und Welt* und dann in seinem im Herbst desselben Jahres erschienenen Buch. Picht verursachte ein bildungspolitisches Erdbeben und war Anlass zu vielfältigen Reformen, aber bewirkte auch viele lange nachwirkende Irritationen. Deutscher Bildungsrat, Wis-

senschaftsrat, die Bund-Länder-Kommision für Bildungsplanung und sein Bildungsgesamtplan, die Abschaffung der Konfessionsschule und der konfessionellen Lehrerbildung, der tief greifende und grundsätzliche Streit zwischen den Bildungspolitikern der Union und der Sozialdemokratie, die Entwicklung eines dreigliedrigen Schulsystems, die Schaffung von Grund- und Hauptschule, der Streit um die Gesamtschule, der Kampf um das erste Hochschulrahmengesetz wären weitere Stichworte.

Ein drittes Kapitel wäre zu schreiben über die Zeit nach dem Fall der Berliner Mauer und über die Neuordnung der von Margot Honecker hinterlassenen Erbschaft in der ehemaligen DDR.

Mit großem Unbehagen würde ich ein viertes Kapitel anfügen, das von der weitgehenden Schwächung des deutschen Föderalismus und vom wachsenden Desinteresse der beiden Volksparteien am „Krongut“ der Länder, der Schul- und Hochschulpolitik, handeln müsste. Warum gibt die Union die Zuständigkeit für diesen Kernbereich der Landespolitik oft bereitwillig und ohne Not an ihre Koalitionspartner ab? Warum besitzen inzwischen CDU-Bildungsminister Seltenheitswert? Wann hat sich ein Bundesparteitag der CDU das letzte Mal eingehend mit dem Thema Schule befasst?

Die Politische Meinung: Aus der Sicht Ihrer Partei: Ist diese Geschichte vorwiegend eine Geschichte von Rückzugsgefechten?

Bernhard Vogel: Nein, es ist eine Geschichte von Rückzügen, aber ebenso eine Geschichte von Aufbrüchen. Die Hauptschule, die sich über viele Jahrzehnte bewährt hat, der Siegeszug der Realschule, die wachsende Zahl von Gymnasien auch im ländlichen Raum, die Reform ihrer Oberschule sind durchaus bemerkenswerte Erfolge, wenngleich gerade diese Erfolge neuerlich wieder infrage gestellt werden und die Träume von der Einheitsschule wieder Konjunktur haben.

Nicht nur weil es bei vielen der zurückliegenden Landtagswahlen eine entscheidende Rolle gespielt hat, kommt es darauf an, unser bildungspolitisches Profil wieder zu schärfen.

Die Politische Meinung: Bildungspolitik war zu Ihrer Amtszeit als Kultusminister Schauplatz großer Schlachten. Heute sucht man bisweilen den Schulfrieden. Bedauern Sie den Verlust von Streitlust?

Bernhard Vogel: Ja, ich bedauere, dass sich der Grundsatzstreit abgeflacht hat. Niemand wünscht sich die ideologiegeladenen Bildungsdebatten der 1970er-Jahre zurück. Aber Streitgegenstand ist heute kaum mehr der Inhalt der Bildungspolitik und ihr Ziel. Heute geht es fast nur noch um die zweckmäßige Bildungsorganisation. Um des lieben Friedens willen steht im Mittelpunkt die Frage, ob eine Gemeinde eine Schule behalten kann oder nicht. Ich respektiere die Folgen der demografischen Entwicklung, und ich verstehe das Engagement der Bürgermeister, für ihre Schule vor Ort so gut es nur geht zu kämpfen. Aber ich beklage, dass sie und nicht mehr die für unsere Schulstruktur verantwortlichen Kultusminister das letzte Wort haben.

Die Schule soll elternhausnah erreichbar sein, aber noch wichtiger ist, dass es die richtige Schule, und das heißt die für jeden Schüler geeignete Schule, ist. Dafür sollte sich insbesondere die Union nachdrücklich einsetzen. Nicht nur weil es bei vielen der zurückliegenden Landtagswahlen eine entscheidende Rolle gespielt hat, kommt es darauf an, unser bildungspolitisches Profil wieder zu schärfen.

Die Politische Meinung: In allen Leistungsvergleichen, zuletzt bei den Grundschulen, schneiden die südlichen, traditionell unionsregierten Länder im Westen wie im Osten am besten ab. Warum spricht sich das so schlecht herum? Glauben Sie, dass es in Fragen der Bildungspolitik eine öffentliche Meinung mit einer eigenen Agenda gibt?

Bernhard Vogel: Die für das gute Abschneiden ost- und süddeutscher Länder Verantwortlichen haben allen Grund, sich deutlicher dazu zu bekennen, und sie müssen die Gefahr abwenden, ihre Erfolge auf dem Altar der in der Öffentlichkeit lautstark geforderten Einheitlichkeit zu opfern. Vor allem aber scheuen sie leider davor zurück, sich mit den bisweilen höchst fragwürdigen Botschaften, die von der OECD ausgehen, auseinanderzusetzen. PISA hat fruchtbare Anstöße gegeben, aber auch viel Unheil angerichtet. Wir haben keinen Grund, uns seinen Botschaften kritiklos unterzuordnen. Mancher Ratschlag mag hilfreich sein, aber warum verteidigen wir die Vorteile unserer deutschen Bildungstradition nicht selbstbewusster?

Eines der wertvollsten Elemente, die duale Ausbildung in Schule und Beruf, bewährt sich und ist weltweit beispielhaft. Warum sollen wir sie gefährden, nur um unsere Abiturientenquote weiter zu steigern? Wir laufen Gefahr, nur darum das Niveau unseres Abiturs weiter abzu-

Kultusminister Bernhard Vogel im Gespräch mit Schülern und Lehrern (undatierte Aufnahme).

© LHA Ko Best. 710 Nr. 8888/Landeshauptarchiv Koblenz



senken, und erweisen einem Teil unserer Schüler für ihr späteres Berufsleben einen Bären>dienst. Wer den Abiturientenanteil ständig steigern will, verlegt damit immer weitere Ausbildungsgänge an die Hochschulen. Sosehr ich begrüße, dass beispielsweise Krankenschwestern so gut wie möglich ausgebildet werden und übrigens auch entsprechend besser bezahlt werden sollten, so sehr bin ich dagegen, von Krankenschwestern das Abitur zu verlangen und sie an Hochschulen auf ihren Beruf vorzubereiten.

Dass es in der Bildungspolitik eine öffentliche Meinung mit eigener Agenda gibt, ist richtig, und man sollte sie mit Blick auf die Eltern sehr ernst nehmen, wenn sie beispielsweise Unterrichtsausfall beklagen oder über den Wert der Schulabschlüsse beunruhigt sind, wenn sie den Überblick zu verlieren drohen. Eltern haben andere Sorgen, als sich ständig

mit neuen Formen der Schulorganisation herumschlagen zu müssen.

Die Politische Meinung: Zu welchen Bildungsinhalten und Bildungszielen bekennt sich Bernhard Vogel?

Bernhard Vogel: Jede Schülerin, jeder Schüler hat Gott sei Dank unterschiedliche Fähigkeiten und Anlagen. Aufgabe der Schule ist es, auf sie einzugehen und sie zu fördern, nicht sie gleichzuhobeln. Jeder soll seine Chance haben. Jedem seine Chance, nicht jedem die gleiche Chance sollte unser Motto sein. Chancengleichheit besagt nicht, dass jedem die gleiche Chance geboten wird, sondern dass jeder seine persönliche Chance wahrnehmen kann. Chancengleichheit erreicht man nur durch Chancengerechtigkeit. Und im Übrigen: Die Schule vermag viel. Ein guter Lehrer vermag seine Schüler auf ein gelin-

gendes Leben vorzubereiten und ihm Vorbild zu sein. Aber – so steht es in unserem Grundgesetz – Erziehung ist das Recht und „zuvörderst die Pflicht“ der Eltern.

Die Politische Meinung: Sie haben es angedeutet: Man hat bisweilen zu viel gewollt: jahrgangsgübergreifendes Lernen, sechsjährige Grundschulzeit statt vier Jahren, frühe Einschulung. Wie viel Experimentierfreude vertragen Kinder, Lehrer und die Schule überhaupt?

Bernhard Vogel: Grundsätzlich sollten weder Kinder noch Lehrer oder Eltern Experimentierobjekte sein. Das bedeutet, dass man sich, wenn man einen Versuch ansetzt, auch die notwendige Zeit lassen muss, um zu prüfen, ob er sich tatsächlich bewährt oder nicht. Man sollte in der Bildungspolitik nicht in Landtagslegislaturperioden denken. Dann schafft man Durcheinander, aber keine klare Ausrichtung auf die Zukunft.

Warum verteidigen wir die Vorzüge unserer deutschen Bildungstradition nicht selbstbewusster?

Die Politische Meinung: Gibt es eine „Leistungsphobie“ an den Grundschulen?

Bernhard Vogel: Nein, man sollte froh darüber sein, dass die Grundschule – sei sie vier- oder sechsjährig – in der gegenwärtigen bildungspolitischen Diskussion die am wenigsten umstrittene Schulform ist. Hoffentlich bleibt das auch so! Völlig verändert haben sich dagegen die Auffassungen über die Vorschulzeit unserer Kinder. Ich erinnere mich sehr lebhaft: als ich in den 1960er- und 1970er-Jahren rheinland-pfälzischer Kultusminister war – waren die Kindergärten beim Sozialministerium angesiedelt. Mein vorsichtiger Vorstoß, die Zuständigkeit wegen

der Verbindung zur Grundschule ins Kultusministerium zu verlagern, traf auf den flammenden Protest des Ministerpräsidenten Helmut Kohl und des Sozialministers Heiner Geißler – mit dem durchschlagenden Argument: „Lass doch wenigstens bis zum Eintritt in die Grundschule die Kinder von euch Bildungspolitikern verschont bleiben.“

Die Politische Meinung: Ich bleibe noch einmal bei dem Vorwurf der „Leistungsphobie“. Die FAZ-Korrespondentin Heike Schmoll hat ihn erhoben und weist den Grundschulen eine Mitverantwortung dafür zu, dass es mancherorts mit G8 nicht klappt.

Bernhard Vogel: Ich respektiere die große Kompetenz von Frau Schmoll, deren Beiträge ich mit lebhaftem Interesse lese. Trotzdem erlaube ich mir zu widersprechen. Alle Probleme mit G8 sind selbst verschuldet und selbst herbeigeführt. Und zwar von denen, die zunächst gegen G8 gewesen sind, aber dann G8 über Nacht einführen wollten. Das konnte nur schiefgehen. Thüringen und Sachsen haben von Anfang an am achtjährigen Gymnasium festgehalten und die Anerkennung des Abiturs gegen den erheblichen Widerstand der westdeutschen Länder durchgesetzt. Nie hat sich ein Professor darüber beschwert, dass unsere Abiturienten weniger auf ein Studium vorbereitet wären als die anderer Länder. Wer das achtjährige Gymnasium einführen will, braucht acht Jahre Zeit, um es erfolgreich einführen zu können. Einfach ein Jahr vom neunjährigen Gymnasium wegzuschneiden, das funktioniert nicht. Der Stoff, für den man bisher neun Jahre Zeit hatte, muss mit Bedacht auf acht Jahre neu verteilt werden.

Die Politische Meinung: Die Leiterin der Frankfurter Schiller-Schule sagt: „G9 ist für mich das richtige Abitur“, und will G8

wieder abschaffen. Was würden Sie ihr raten?

Bernhard Vogel: Ich würde ihr raten, den Blick über den hessischen und deutschen Tellerrand hinaus schweifen zu lassen und sich damit zu befassen, dass das achtjährige Gymnasium in Europa die Regel und das neunjährige die Ausnahme ist. Ich sehe keinen triftigen Grund, warum es notwendig sein sollte, junge Leute aus Deutschland länger in den Schulen zu behalten als junge Franzosen oder Engländer.

Dass man Schülern nun anbieten will, zu wählen, ob sie nach acht, nach achteinhalb oder neun Jahren das Abitur ablegen, ist eine Option, die nur zu noch mehr Durcheinander und Unübersichtlichkeit führen muss.

*Gegenwärtig sehe ich mit Sorge,
dass die Angleichung
der Leistungsanforderungen
dazu führen könnte,
dass das Abitur zu billigeren
Preisen abgegeben wird.*

Die Politische Meinung: Abiturienten in Deutschland sollen sich demnächst gleichen Leistungsanforderungen stellen. Dürfen sich die bayerischen Schüler auf bessere Noten freuen, oder müssen hamburgische Schüler schlechtere Noten fürchten?

Bernhard Vogel: Es wäre fatal, wenn die Angleichung der Examina zu einem Absinken des Niveaus – richtiger: zu einem weiteren Absinken des Niveaus – führen würde. Gegenwärtig sehe ich mit Sorge, dass die Angleichung der Leistungsanforderungen dazu führen könnte, dass das Abitur zu billigeren Preisen abgegeben wird. Ich habe gar nichts dagegen, wenn das Abitur vergleichbar gemacht wird, nur möchte ich eines der positiven Elemente des deutschen Föderalismus er-

halten sehen – nämlich den Wettbewerb! Und dieser Wettbewerb droht zu verflachen, wenn man nicht mehr besser sein darf als der Nachbar.

Die Politische Meinung: G8- und G9-Abiturienten haben es jetzt besonders eng an den Unis ...

Bernhard Vogel: Natürlich ist es bedauerlich, dass es zurzeit besonders eng an den Universitäten ist. Aber das ist eine vorübergehende Situation, weil ausnahmsweise zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig ihr Studium beginnen. Das ist für kurze Zeit auch einmal zu verkraften. Zumal es dazu führt, dass mehr westdeutsche Studierende die häufig besseren Studienbedingungen in Ostdeutschland nutzen werden.

Die Politische Meinung: Stehen die hohen Studierendenzahlen und der Fachkräftemangel in einem kausalen Zusammenhang?

Bernhard Vogel: In gewisser Weise ja, weil ich mit wachsender Sorge beobachte, dass zwar sehr viele Abiturientinnen und Abiturienten studieren, allerdings ohne sich immer klar darüber zu werden, zu welchem Berufsziel das gewählte Studienfach führen soll. Bei aller Verteidigung der Freiheit von Forschung und Lehre dient ein Studiengang – zumal im Zeitalter von Bachelor- und Masterstudiengängen – auch der Berufsvorbereitung. Wer das vergisst, schafft sich selbst und nicht zuletzt seinen Eltern erhebliche Probleme.

Die Politische Meinung: Man könnte auch der Ansicht sein, dass falsche Anreize gesetzt worden sind. Ich stelle meine Frage anders: Sollte man heute „Bachelor“ oder lieber „Meister“ werden?

Bernhard Vogel: Es sind vielleicht nicht falsche, aber zu oberflächliche Anreize

gesetzt worden. Nicht jeder muss Abitur machen, und nicht jeder Abiturient muss studieren. Man kann ein erfülltes Leben auch ohne akademisches Studium führen. Und nicht jeder, der an die Hochschule geht, sollte sich zu vornehm dafür sein, das Studium in angemessener Zeit zu beenden und dann einen Broterwerb zu beginnen.

Aktuell sollte die Wahl des Berufswegs nicht unbeeinflusst davon sein, dass sich der Fachkräftemangel zum Beispiel in den Ingenieurberufen vergrößern wird. Vor allem in den nicht akademischen Fachberufen wird es zu einer erhöhten Nachfrage kommen – sodass eine Konsequenz in der Aufwertung der beruflichen Ausbildung liegen sollte, auch auf internationaler Ebene.

Einem jungen Menschen, der sich für ein Hochschulstudium entschieden hat, rate ich, das Studienfach zu wählen, in dem er sich am meisten zutraut und das ihm am meisten Spaß macht. Vermutlich wird er dort am meisten zu leisten in der Lage sein. Und dann ermutige ich ihn unter den jetzigen Bedingungen, die ja nicht mehr rückgängig zu machen sind und nicht rückgängig gemacht werden sollten, zunächst den Bachelor zu machen – in der Erwartung, dass die Wirtschaft, vor allem die mittelständische Wirtschaft, mehr als bisher mit ihrer Zusage Ernst macht, auch den Bachelor in den Berufs- weg aufzunehmen und nicht jeden Bachelor dazu zu zwingen, danach noch den Master zu machen.

Niemand verkennt, dass die Umsetzung von Bologna schwierig ist. Aber das heißt doch nicht, dass man den Prozess als Ganzes infrage stellen muss. Die Ziele bleiben grundsätzlich richtig: mehr Flexibilität, mehr Mobilität und Internationalität, ein früherer beruflicher Einstieg. Dass es Schwierigkeiten gibt, bedeutet, dass

man daran arbeiten muss, die Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Politische Meinung: Wie steht es um die Zukunft der Geisteswissenschaften? Entscheidet sie sich auch am aktuellen Streit über Zitat und Plagiat?

Bernhard Vogel: Zunächst – die in Gang befindliche Hochschulreform, die umfassender ist als alle Reformbemühungen der letzten sechzig Jahre, wird in den Naturwissenschaften weniger Schwierigkeiten bereiten. Die eigentliche Problematik erweist sich bei den Geisteswissenschaften. Sie dürfen nicht an den Rand gedrängt werden, sondern sie müssen auch künftig ein wesentlicher Markenkern der deutschen Universität bleiben. Wenn es um die aktuell umstrittene Frage geht, wie Leistungen – auch nachträglich – zu beurteilen sind, dann empfehle ich, die unterschiedlichen Anforderungen der Fachgebiete zu bedenken. Es ist etwas völlig anderes, wie eine Doktorarbeit in Medizin oder auch Jura zu bewerten ist oder ob es sich um eine Dissertation in den Fächern Philosophie, Pädagogik oder gar Theologie handelt. Sachgerecht ist nicht, wenn man eine theologische Doktorarbeit mit den Kriterien eines Mathematikers betrachtet oder – wie bei einem aktuellen Beispiel – eine pädagogische Arbeit mit dem Instrumentarium eines Judaisten beurteilt.

Und im Übrigen: Eine Doktorarbeit verlangt vom Doktoranden eine eigenständige geistige Leistung, und sie verlangt einen Doktorvater, der für ihre Bewertung verantwortlich zeichnet. Der Doktorand und der Doktorvater sind am Ende beide im gleichen Maße für das Ergebnis verantwortlich.

Das Gespräch führte Bernd Löhmann.